

Die Zukunft ist elektrisch.

Jetzt die Effizienzwende starten!

Kurzpositionen für die 21. Legislaturperiode



Bürokratieabbau spürbar vorantreiben

Bürokratieabbau ist unerlässlich, um Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Unternehmen müssen wieder in der Lage sein, sich auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren.

Die **europäische Lieferkettenrichtlinie (CSDDD)** muss grundlegend überarbeitet werden, um ihre Ziele effizient zu erreichen. Eine sinnvolle Regulierung bringt den Schutz von Menschenrechten und Umwelt voran und baut gleichzeitig Bürokratie ab, etwa durch die Einführung einer White List für Lieferanten in der EU und einer Black List. Bis dahin muss das deutsche Lieferkettengesetz ausgesetzt werden, um Wettbewerbsnachteile und übermäßige Bürokratie zu vermeiden.

Nachhaltigkeits-Berichtspflichten vereinfachen: Die Anforderungen der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) sollten für Unternehmen reduziert werden, um ein effizientes Reporting zu ermöglichen. Dies kann durch weniger geforderte Datenpunkte, die Marktöffnung für unabhängige Prüfungsdienstleister sowie die Harmonisierung der Anforderungen von CSRD, CSDDD und Taxonomie erreicht werden. Doppelmeldungen sind zu vermeiden.

Der Aufwand des **europäischen Grenzgleichsmechanismus (CBAM)** steht in keinem Verhältnis zum Nutzen – bestehende Berichtspflichten müssen anwender- und zweckorientiert reduziert werden. Vor allem



13.000

neue EU-Regulierungen für Unternehmen seit 2019 – zum Vergleich: USA nur 3.000

NYT/Draghi-Report

65 Mrd. €

– so hoch sind die Bürokratiekosten für die deutsche Wirtschaft jährlich

Normenkontrollrat

müssen die Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort geprüft werden – bis hin zur möglichen Konsequenz, den CBAM wieder zurückzunehmen. Falls er fortgeführt wird, sollte er um ein Export-Werkzeug ergänzt und der Anwendungsbereich auf komplexere Produkte wie Aluminiumkabel, Elektro-Hausgeräte und Elektromotoren ausgeweitet werden.

Strompreise senken, Netzinfrastuktur ausbauen, Flexibilisierung vorantreiben

Elektrifizierung mit grünem Strom und strombasierten Technologien senkt Emissionen, stärkt die Energieunabhängigkeit und fördert Innovationen in Mobilität, Industrie und Gebäuden.

Die **Stromsteuer** sollte für alle Verbrauchergruppen – private Haushalte, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen – auf den europäischen Mindestsatz gesenkt werden. Zudem sollten staatlich bedingte Strompreisbestandteile wie die Offshore-Netzumlage, die § 19-Umlage und die KWK-Umlage reduziert werden. Dadurch steigt die Akzeptanz für strombasierte Technologien in Mobilität, Industrie und Gebäuden.

Der Ausbau und die Modernisierung der Stromnetze im Zuge der Energiewende sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Deshalb sollten sie teilweise über den Bundeshaushalt finanziert werden. Dies betrifft insbesondere nicht direkt durch den Netzbetrieb verursachte Kosten wie Engpassmanagement und Redispatchkosten. So könnten steigende **Netznutzungsentgelte** für die Verbraucher verhindert werden.

Verbraucher, die die Möglichkeit haben, Strom flexibel dann zu nutzen, wenn er kostengünstig und klimafreundlich produziert werden kann, sollten von niedrigeren Netzentgelten profitieren können. Dabei darf für diejenigen, die keine solchen **Flexibilisierungsoptionen** haben, kein Nachteil gegenüber bisherigen Regelungen entstehen. Das fördert eine effizientere Nutzung des Stromnetzes und unterstützt die Integration erneuerbarer Energien.

um **75 %**
sind die Netzentgelte für
private Haushalte in den
letzten 10 Jahren gestiegen
($\frac{1}{4}$ der Stromkosten)

BDEW

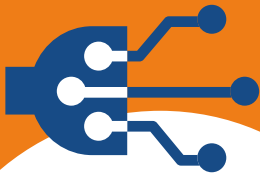
jeder **3.**
wäre bereit heute zu
einem dynamischen
Stromtarif zu wechseln

Civey (09.2024)



Wachstumspotenzial von Industrial AI vollständig ausschöpfen

KI-Anwendungen in der Industrie steigern Effizienz und Produktivität, optimieren Prozesse und fördern Innovationen. Ihre Entwicklung und der flächendeckende Einsatz sollten gezielt unterstützt werden.



bis zu

300.000 €

kostet ein Unternehmen die Zertifizierung eines einzigen Produkts, wenn es unter die Hochrisiko-Definition des AI Acts fällt.

Impact Assessment der EU Kommission

Hochrisiko-KI-Regelungen im AI-Act sollten auf **kritische Anwendungsfälle** beschränkt bleiben. Eine schnelle und klare Auslegung dieser Regelungen im Zusammenspiel mit anderen Rechtsakten (z. B. Maschinenverordnung, Medizinprodukteverordnung) ist entscheidend. Das fördert Innovationen und minimiert gleichzeitig Risiken, wodurch das Vertrauen in KI-Technologien gestärkt wird.

Um das Potenzial von Industrial AI vollständig zu entfalten, müssen **Schlüsseltechnologien** wie Konnektivität, Cybersecurity sowie Automatisierungs- und Simulationstechnologien ineinandergreifen. Diese Technologien sollten kontinuierlich mit signifikanten Mitteln gefördert werden. Zudem ist die Unterstützung von Initiativen wie Manufacturing-X wichtig, um Daten-ökosysteme für industrielle KI-Anwendungen aufzubauen und die Entwicklung von Industrie 4.0 zu fördern. Das steigert die Effizienz und ermöglicht neue Geschäftsmodelle.

Die Verfügbarkeit von **vertrauenswürdigen Recheninfrastrukturen** für die Entwicklung industriespezifischer KI-Modelle ist ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor. Daher sollte der Ausbau öffentlicher Rechenkapazitäten und deren Zugänglichkeit für Unternehmen gefördert werden.

Handelsabkommen beschleunigen, Normung und Marktüberwachung stärken

Zur Stärkung der europäischen Industrie sind internationale Partnerschaften, die Förderung von Normungsaktivitäten und eine konsequente Marktüberwachung notwendig.

Eine einheitliche europäische Handelsstrategie ist entscheidend, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. Künftig sollten Freihandelsabkommen so gestaltet werden, dass sie nur Bereiche erfassen, die in die Zuständigkeit der EU fallen. Dadurch kann die **Ratifizierung ausschließlich durch das Europäische Parlament** erfolgen, ohne die Beteiligung nationaler oder regionaler Parlamente. Dies führt zu effizienteren und schnelleren Prozessen.

Normen und Standards sind entscheidend, um aus Erfindungen marktfähige Innovationen zu machen. Da Normung zunehmend geopolitisch genutzt wird und asiatische Akteure an Dominanz gewinnen, sollten deutsche Unternehmen in diesem ungleichen Wettbewerb gestärkt werden. Analog zur Forschungsförderung sollte eine **steuerliche Normungsförderung** eingeführt werden, die Unternehmen bei der Teilnahme an internationalen Normungsprozessen unterstützt.

Um einen hohen Verbraucherschutz zu gewährleisten und Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, ist eine effektive und einheitliche **Marktüberwachung** nicht zuletzt gegenüber Anbietern aus Drittländern erforderlich. Aufgrund der immer weitreichenderen Produkt-Regulierung braucht es dazu ausreichend Ressourcen und Personal. Dies gilt insbesondere für große Online-Plattformen. Auch der Zoll muss besser ausgestattet werden, um nicht-konforme Produkte bereits bei der Einfuhr zu identifizieren.

fast **1/6**

der gesamten deutschen Exporte kamen 2023 aus der Elektro- und Digitalindustrie – mit einem Ausfuhrwert von 255 Mrd. Euro.

48 %

der Elektroexporte entfallen auf Länder außerhalb der EU

Destatis und ZVEI-eigene Berechnungen

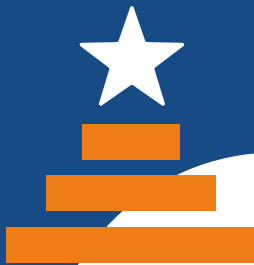


Investitionskraft von Unternehmen stärken

Unternehmen benötigen bessere Bedingungen für Investitionen, Planungssicherheit und Wachstum, etwa durch eine Steuerreform und gezielte Anreize.

Eine grundlegende **Reform der Unternehmenssteuern** ist erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und Investitionen zu fördern. Die **Abschaffung des Solidaritätszuschlags** als erste effektive Maßnahme und die zusätzliche Senkung der Körperschaftsteuer würden die international vergleichsweise hohe steuerliche Belastung von Unternehmen verringern. Die dauerhafte Einführung der **degressiven Abschreibung** schafft, neben bürokratischer Entlastung, langfristige Planungssicherheit und Investitionsanreize.

Durch Instrumente **wie Investitionsprämien** sollten über die beschleunigten steuerlichen Abschreibungen hinaus weitere Investitionsimpulse gesetzt werden. So kann ein Beitrag zur Deckung des enormen Investitionsbedarfs geleistet und langfristiges Wachstum gefördert werden. Insbesondere für die digitale und grüne Transformation ist eine starke Investitionskraft seitens der Unternehmen unabdingbar.



Unternehmensbesteuerung
2023 im Vergleich

21,1%

EU-Durchschnitt

23,6%

OECD-Durchschnitt

29,9%

Deutschland

Deutschland hat einen der
**höchsten durchschnittlichen
Steuersätze**

für Unternehmensgewinne
unter den führenden
Industrieländern.

OECD

Stoffe risikobasiert regulieren

Statt pauschaler Verbote sollten PFAS und andere Stoffe gezielt risikobasiert reguliert werden, um Innovationen zu fördern und gleichzeitig Klima- und Umweltziele zu erreichen.

Es ist entscheidend, Chancen und Risiken wieder in einen besseren Ausgleich zu bringen. Statt pauschaler Verbote ist eine **risikobasierte Regulierung** besonders bei Stoffen wie PFAS erforderlich, die etwa in der Industrie für innovative Technologien wie Lithonen-Batterien, Halbleiter oder elektrische Antriebe eingesetzt werden.

Bei stoffpolitischen Beschränkungs-vorschlägen muss eine umfassende **Folgenabschätzung** durchgeführt werden, die auch sozioökonomische Auswirkungen ganzheitlich berücksichtigt. Es muss sichergestellt werden, dass Risikomanagement-Maßnahmen nicht zur Beeinträchtigung anderer Ziele führen: Probleme wie eine kürzere Lebensdauer, verminderte Sicherheit oder geringere Energieeffizienz der Produkte müssen ausgeschlossen werden.



über **10.000**

Einzelstoffe mit sehr unterschiedlichen Risikoprofilen pauschal zu verbieten, bremst Zukunftstechnologien und gefährdet den Wirtschaftsstandort.

Mit der Bundestagswahl in 2025 steht Deutschland vor einer entscheidenden Weichenstellung.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen ist es unerlässlich, dass unser Land effizienter wird. Weniger Bürokratie, mehr Freiheit für Unternehmergeist und Raum für Innovationen sind dringend notwendig, um Deutschlands Wirtschaft nachhaltig zu stärken und wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Investitionen in Elektrifizierung, Digitalisierung und Automatisierung sind wichtige Voraussetzungen dafür.

Wir sind überzeugt: Deutschland braucht die Effizienzwende – jetzt!

Unsere Kernforderungen

- Bürokratieabbau spürbar vorantreiben
- Strompreise senken, Netzinfrastruktur ausbauen, Flexibilisierung vorantreiben
- Wachstumspotenzial von Industrial AI vollständig ausschöpfen
- Handelsabkommen beschleunigen, Normung und Marktüberwachung stärken
- Investitionskraft von Unternehmen stärken
- Stoffe risikobasiert regulieren



Mehr unter
www.zvei.org/effizienzwende

ZVEI e. V. Verband der Elektro- und Digitalindustrie
Amelia-Mary-Earhart-Straße 12, 60549 Frankfurt am Main

Lobbyregister: R002101 EU-Transparenzregister ID: 94770746469-09
www.zvei.org

Stand: November 2024

